European Economic and Social Committee
Press Release

**DE**

|  |  |
| --- | --- |
| **PRESSEMITTEILUNG Nr. 75/2015** | **10. Dezember 2015** |

**"Migration braucht beides - Menschlichkeit und klare Regeln"**

**EWSA dringt auf gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik**

**Europa braucht ein wahrhaft gemeinsames europäisches Asylsystem mit europaweit harmonisierten Verfahren. In der gegenwärtigen komplexen Situation muss die EU ihre Grenzen nicht durch nationale Einsätze, sondern mit europäischen Maßnahmen schützen und zugleich Asylsuchenden außerhalb der EU helfen. Darüber hinaus muss sie sich auf eine wirkungsvolle Zuwanderungspolitik einigen, die transparent ist und klar regelt, wer zuwandern darf, und die die Ankommenden bei ihrem Neubeginn in dem jeweiligen Mitgliedstaat unterstützt.**

Dies sind nur einige der vielen Vorschläge, die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in vier Stellungnahmen zu einer besseren Migrationspolitik in Europa unterbreitet hat. Sie wurden auf der 512. Plenartagung am 10. Dezember verabschiedet und sollen in die *Europäische Migrationsagenda* einfließen. In seiner [Entschließung zur Migration](http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.news&itemCode=37786) ruft der EWSA dazu auf, mit Sofortmaßnahmen gegen die Ursachen der derzeitigen Flüchtlingsströme vorzugehen und sichere humanitäre Korridore für Flüchtlinge aus Ländern zu schaffen, in denen Krieg herrscht. Außerdem fordert er, einen besonderen Fokus auf die Integration und Inklusion von Migranten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu legen.

Frans Timmermann, Vize-Präsident der Europäischen Kommission richtete sich an die Mitgliedstaaten: *"Wir brauchen verantwortliche Führung in den Mitgliedsstaaten und wir haben uns mit den Gegensätzen in der Gesellschaft zu beschäftigen, das ist meine Aufforderungen an die europäischen Staatsmänner."*

**Wir brauchen mehr Verantwortung und Solidarität und mehr Europa**

Die Streitereien in Europa seit dem Zustrom von Migranten in die EU führten den europäischen Spitzenpolitikern sehr drastisch vor Augen, dass es keine echte gemeinsame Asylpolitik gibt. Der EWSA fordert den Europäischen Rat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf, Artikel 67 Absatz 2 und Artikel 78 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union umzusetzen, in denen die Bedingungen festgelegt sind, unter denen die EU eine europäische Asylpolitik schaffen kann. Es ist im Interesse aller Mitgliedstaaten, dass ein solidarisches System des Lastenausgleichs geschaffen wird, vor allem ein permanentes, gerechtes und verbindliches System zur Verteilung der Schutzsuchenden auf alle Länder der EU. Bisher hat man sich auf die Umsiedlung von 160 000 Flüchtlingen geeinigt. Der EWSA ist der Auffassung, dass mehr Anstrengung nötig ist. *"Der Umsiedlungsmechanismus zeugt von EU Solidarität – dieser muss ein permanentes Instrument sein. Die Zeit für nationale Egoismen ist vorbei"*, sagte [Cristian Pirvulescu](http://memberspage.eesc.europa.eu/Detail.aspx?id=2021517&f=1&s=0&o1=0&o2=0&o3=0&ln=pirvulescu), während [Stefano Mallia](http://memberspage.eesc.europa.eu/Detail.aspx?id=2026925&f=1&s=0&o1=0&o2=0&o3=0&ln=mallia) (beide Berichterstatter) auf jene verwies, die direkt vor Ort helfen: "*Die EU Institutionen müssen die NRO's und die Zivilgesellschaft in diesen Gebieten besser unterstützen"* Der EWSA ruft den Mitgliedstaaten in Erinnerung, dass eine der tragenden Säulen einer funktionierenden EU die Solidarität zwischen allen Mitgliedstaaten ist und dass dies bis vor kurzem sehr erfolgreich funktioniert hat.

**Schleusern das Handwerk legen**

Das brutale Geschäft der Schleuser zu unterbinden, liegt im europäischen Interesse, sollte allerdings auch auf internationaler Ebene angestrebt werden. *"Der Aktionsplan der EU ist ein Anfang, der vom EWSA begrüßt wird, doch darin muss auch zwischen Migranten und Flüchtlingen unterschieden werden und er muss sich außerdem auf die Genfer Konvention beziehen",* sagte Berichterstatterin [Brenda King](http://memberspage.eesc.europa.eu/Detail.aspx?id=2014448&f=1&s=0&o1=0&o2=0&o3=0&ln=king). Er muss zudem Regelungen beinhalten, wie die EU die Geschleusten schützen und ihnen helfen will. Angesichts der oftmals sozioökonomischen Ursachen der Migration soll ein besonderes Augenmerk auf eine rasche Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung gelegt werden, die als eine langfristige Lösung zur Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern betrachtet wird.

**Gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten**

Aus Sicht des EWSA ist es noch zu früh, eine inklusive Liste sicherer Herkunftsländer aufzustellen. Sollte die Liste jedoch zusammengestellt werden, ist es wichtig, dass sich die EU auf eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer auf der Grundlage gemeinsamer Kriterien, wie sie in der Richtlinie 2013/32/EU genannt sind, einigt. *"Für die Bewertung eines Landes sind spezifische, praxisbezogene und präzise Indikatoren heranzuziehen, auch aus Quellen des UNHCR, des EASO, des Europarates, des EGMR und anderer Menschenrechtsorganisationen",* sagte Berichterstatter [*Jose Antonio Moreno Diaz*](http://memberspage.eesc.europa.eu/Detail.aspx?id=2016005&f=1&s=0&o1=0&o2=0&o3=0&ln=moreno+diaz)*.* Der EWSA vertritt die Auffassung, dass das Konzept des sicheren Herkunftslands keinesfalls für Länder gelten darf, in denen die Pressefreiheit missachtet oder gegen den politischen Pluralismus verstoßen wird, ebenso wenig wie für Länder, in denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Ausrichtung oder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Minderheit verfolgt werden. Der EWSA befürchtet allerdings, dass eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsstaaten keine größere Einheitlichkeit bringen wird, solange es daneben noch nationale Listen der einzelnen Mitgliedstaaten gibt.

**EU-Spitze muss Initiativen der Zivilgesellschaft unterstützen**

Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung dieser Krise, z.B. indem sie den Neuankömmlingen gleich bei ihrer Ankunft Hilfe anbietet und Maßnahmen zu ihrer Integration organisiert. Die Kosten einer gescheiterten Integration sind erheblich höher als die Kosten der Integration. Die Zivilgesellschaft trägt schon jetzt zum Entstehen eines kulturellen und gesellschaftlichen Konsenses über die Notwendigkeit der Integration bei. Daher dringt der EWSA auf eine Aufstockung der finanziellen und materiellen Unterstützung für NGO und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Darüber hinaus wird der EWSA noch vor Weihnachten eine Reihe von Reisen in mehrere besonders von Migrationsströmen betroffene Mitgliedstaaten unternehmen, um sich ein Bild von den Schwierigkeiten zu machen, vor denen die Organisationen der Zivilgesellschaft vor Ort stehen. Er wird sich einen Überblick über bewährte Vorgehensweisen, Probleme und Erfordernisse verschaffen und Anfang 2016 Empfehlungen für die Unterstützung der Flüchtlinge und der Hilfsorganisationen aussprechen.

\*REX/457 <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.rex-opinions.37220>

\*REX/452 <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.rex-opinions.36581>

\*SOC/526 <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.soc-opinions.37296>

\*SOC/525 <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.soc-opinions.35966>

**Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:**

Silvia Aumair

E-Mail: [press@eesc.europa.eu](mailto:press@eesc.europa.eu?subject=Bitte%20um%20weitere%20Informationen)

Tel.: +32 2 546 8141

**@EESC\_PRESS**

*\_\_****\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_***

*Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist eine beratende Versammlung und wurde 1957 durch die Römischen Verträge errichtet. Dem Ausschuss gehören 350 Mitglieder aus der ganzen EU an, die vom Rat der Europäischen Union ernannt werden. Er gewährleistet die Vertretung der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft. Die beratende Funktion des EWSA ermöglicht es seinen Mitgliedern und damit auch den Organisationen, die diese vertreten, am Beschlussfassungsprozess der EU teilzuhaben.*

*\_\_****\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_***